

Analyse der medialen Wahrnehmung und Beurteilung des Somalia-Konfliktes

In der modernen Welt gewinnen die Medien eine immer größere Bedeutung in Bezug auf Berichterstattung, Information und Wahrnehmung von Politik und ganz besonders von (politischen) Krisen. Auf einer globalen Ebene formen Medien auf ihre ganz eigene Art und Weise die Informationsweitergabe und ermöglichen es so ihren Empfängern und Konsumenten, diese Informationen schnell und leicht sowohl zu empfangen als auch zu verarbeiten. Im Folgenden sollen daher die Rolle, die Hinter- und Beweggründe sowie die tieferliegenden Strukturen der medialen Berichterstattung über die Piraterie in Somalia analysiert werden.

Somalia, ein kleines, aber krisengebeuteltes Land am Horn von Afrika, ist seit Jahrzehnten Schauplatz gravierender politischer, gesellschaftlicher und militärischer Entwicklungen, die im Laufe der Zeit mehr oder minder die Aufmerksamkeit der internationalen Staatengemeinschaft erregt haben. Zu diesen Entwicklungen zählt auch die an Somalias Küsten betriebene Piraterie, die für viele Küstenbewohner den einzigen Ausweg aus ihrer wirtschaftlichen Not darstellt und selbstverständlich auf Kosten der Reedereien und Nationen geht, deren Lastschiffe die geoökonomisch bedeutsame Route an Somalias Küste vorbei in Richtung Suezkanal einschlagen.

Widmet man sich nun der medialen Darstellung dieser Krise bzw. der Häufigkeit und allgemeinen medialen Präsenz dieses Konfliktes, so zeigt sich schnell, dass Letztere direkt mit der Intensität und Häufigkeit der (erfolgreichen) Piratenangriffe auf Schiffe in den Gewässern vor Somalias Küste korreliert. Eine Häufung an von somalischen Piraten gekaperten oder angegriffenen Schiffen geht, so wird ersichtlich, stets mit einer Häufung an Fernseh-, Zeitungs- und Radioberichten einher, welche wiederum jene Angriffe zum Inhalt haben. Eine „heiße Phase“ des Konfliktes mit somalischen Piraten, sich manifestierend in einer erhöhten Zahl an Angriffen durch Piraten und an maritimen Gegenschlägen internationaler Streitkräfte, vermag es, eine nicht unerhebliche mediale Präsenz für den Konflikt in Somalia und seinen Gewässern zu generieren.

Flaut die Intensität der Konfrontationen und (militärischen) Auseinandersetzungen in den Gewässern um das Horn von Afrika hingegen ab und weicht besagte „heiße Phase“ des Konfliktes einer weniger spektakulären Episode, welche sich durch eine geringe Zahl an Angriffen, Sach- und Personenschaden auszeichnet, so weicht der Somalia-Konflikt aus dem Rampenlicht der Print-, TV- und digitalen Medien.

Allgemein lässt sich somit schlussfolgern, dass eine höhere Eskalationsstufe des Konfliktes automatisch ein höheres Maß an medialer Aufmerksamkeit für jenen Konflikt zur Folge hat. Aus diesem Grund findet höchstens im Abstand einiger Jahre die somalische Piraterie Eingang in Artikel, Fernsehsendungen, Reportagen und dergleichen – also gerade, wenn der Konflikt in und um Somalia eine vergleichsweise hohe Eskalationsstufe erreicht hat, ohne eine Kontinuität als medialer „Dauerbrenner“ wie andere globale Konflikte.

Hierbei lässt sich nun beobachten, dass jene mediale Aufmerksamkeit zu großem Teil lediglich die direkt und unmittelbar wahrnehmbare Symptome des Konflikts – also Angriffe, Konfrontationen und Gegenschläge der internationalen Gemeinschaft – und so die Symptome einer hohen Eskalationsstufe des Konflikts zum Thema hat, weniger aber seine eigentlichen Ursachen, langfristigen Folgen, tiefergehenden Strukturen oder Möglichkeiten zur Lösung. Nur selten ist in den Medien die Rede von letzteren Dingen, es dominiert eindeutig die Darstellung der kriegerischen Handlungen an sich, also Aktion der Piraten und Reaktion einzelner oder mehrerer Staaten. Lange Polizei-, Militär-, und Außenministeriumsberichte über die Bilanz an angegriffenen Lastschiffen und im Gegenzug versenkten Piraten und ihren Booten unterstreichen das Bild einer Medienlandschaft, die nur um die

unmittelbaren Auswirkungen des Konfliktes weiß und sich fast ausschließlich um diese zu drehen scheint.

Möchte man nun analysieren und verstehen, warum dies der Fall ist, warum im Abstand einiger Jahre stets ähnlich anmutenden Medienberichte über neue Piratenüberfälle, welche sich fast ausschließlich auf das Wesen und den Ablauf der Angriffe an sich fokussieren, die Runde machen, ist zunächst ein Blick auf die Arbeitsweise von Medien im allgemeinen Sinne und besonders im Kontext geopolitischer Konflikte nötig.

Es ist das verständliche und logische Ziel von Medien bzw. deren Vertretern und Hintermännern, mit den von ihnen verarbeiteten und an den Rezipienten weitergegebenen Informationen das Interesse der Bevölkerung zu wecken und so den Konsum jener Informationen durch das jeweils eigene Medium zu fördern. Dies ist selbstverständlich eng mit dem finanziellen Aspekt medialer Arbeit verknüpft, denn eine Zeitungsredaktion muss ihre Zeitungen verkaufen, um weiterzubestehen, ebenso wie ein Fernsehsender hohe Einschaltquoten benötigt, um beispielsweise über Werbedeals Einkommen zu generieren. Dies ist allerdings nur möglich, wenn ein potenzieller Rezipient eines solchen Mediums sein Interesse an jenem Medium und dessen Inhalten in einer solchen Weise geweckt sieht, dass er bereit ist, Geld dafür auszugeben.

Gerade diese Wirksamkeit einer durch ein Medium vermittelten Information bzw. Nachricht auf das Interesse des Bürgers ist direkt abhängig von verschiedenen Nachrichtenfaktoren, anhand derer verschiedene Aspekte einer Information bewertet, der Wirkungsgrad auf das Interesse und somit auf das Kaufverhalten des Rezipienten ermittelt und letztendlich der „Wert“ einer Information bestimmt werden. Jener „Wert“ einer Nachricht bzw. Information, bestehend in direkter Abhängigkeit zu diesen Nachrichtenfaktoren, ist nun für die mediale Präsenz der Information selbst verantwortlich. Solche Nachrichtenfaktoren können zum Beispiel die Relevanz des behandelten Themas, entstandene Schäden oder Nutzen, der Überraschungseffekt oder die Dramatik Inhalte, über die informiert wird sein.

Es wird klar, dass gerade Nachrichten über gewaltsame Auseinandersetzungen somalischer Piraten mit der internationalen Schifffahrt und militärischen Marineverbänden geradezu dafür prädestiniert sind, den Nachrichtenfaktoren „Relevanz“ (Gefährdung wichtiger Schifffahrtrouten), „Dramatik und Gewalt“ (Kämpfe mit Piraten) oder auch „Schaden“ (Tote und Verletzte, Sachschäden) zu entsprechen, deshalb einen hohen Nachrichtenwert zu besitzen und somit auch Eingang in viele Medien und deren Berichterstattung zu finden.

Andere, weniger bedrohliche – weil friedlichere – Aspekte des Konflikts als Ganzes besitzen hingegen geringeren Nachrichtenwert und erfahren somit kaum Abdeckung durch die Medien. Friedensverhandlungen, Analysen der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ursachen der Piraterie oder eine differenzierte Abwägung der Interessen aller Beteiligten sind nun einmal deutlich weniger spektakulär als Mord, Totschlag und Schiffsentführungen auf hoher See; der geringere Wert ersterer Nachrichten ist somit einleuchtend.

Dass also die Medienpräsenz des Somaliakonfliktes direkt an die Häufigkeit der Piratenangriffe an sich, also fast ausschließlich dessen gewaltsamstes und deshalb am meisten bei Rezipienten der Medien Interesse weckendes Symptom gekoppelt ist, liegt an der Selektion von Informationen (über den Konflikt) durch die Medien im Sinne der erwähnten Nachrichtenfaktoren.

Darüber hinaus erschwert es die höchst brisante wirtschaftliche und politische Lage in großen Teilen des afrikanischen Kontinents und besonders in Somalia, Nachrichten über die Piraterie in Somalia mit geringerem Nachrichtenwert überhaupt erst zu erlangen, zu verifizieren und letztendlich zu verbreiten.

Da Somalia das Land mit der höchsten Todesrate an ausländischen Journalisten ist, ist jegliche journalistische Aktivität aufgrund der instabilen und gefährlichen Lage im Land mit einem gewaltigen Risiko verbunden (z.B. das nicht unerhebliche Risiko des Todes, der Verstümmelung oder Versklavung von Auslandskorrespondenten), das sich für Nachrichten eines geringeren Wertes kaum einzugehen lohnt. Dies führt wiederum dazu, dass nur in großen urbanen Ballungszentren Afrikas wie Johannesburg, Nairobi oder Kairo große Medienzentren mit großer Mitarbeiterzahl etabliert wurden, was flächendeckende, intensive Recherche in weit entfernten Gebieten wie der somalischen Küste mit zusätzlichem Aufwand verbindet.

Dies führt zusätzlich dazu, dass nur jene Informationen über die Piraterie in Somalia, die über Angriffe und militärische Konfrontation berichten (und deshalb einen entsprechend hohen Nachrichtenwert besitzen), den Weg in die Zeitungen und Fernsehsendungen der westlichen Welt finden, denn die Beschaffung solcher Informationen ist über Kontakte und Berichte der involvierten Militärs vergleichsweise einfach, wobei diese wiederum von einem starken militärischen und somit gewaltorientierten Blickwinkel geprägt sind.

Gerade in politischen Krisen wie der Krise vor Somalia weckt also vor allem eine Eskalationsphase voller Angriffe und gewaltsamer Auseinandersetzungen mediales Interesse. Da besonders in Bezug auf Afrika die mediale Grundstimmung eine solche ist, dass Afrika ein Kontinent voller Hunger, Tod, Verderben, Instabilität etc. ist, lassen sich diese über Jahre medial geschürten Erwartungen der sensationsheischenden Masse aus Medienrezipienten an Nachrichten aus Afrika nun mit selektiven Berichten über die Eskalationsphasen des Somalia-Konfliktes vorzüglich befriedigen. Hier spielen deshalb vor allem die zynisch als „K-Faktoren“ bekannten Themen (Krieg, Krisen, Katastrophen, Krankheiten, Korruption, Kindersoldaten usw.) eine Rolle, da diese K-Faktoren stets hohen Nachrichtenwert besitzen und stets in einer „heißen Phase“ eines Konfliktes zum Tragen kommen.

Dies erklärt wiederum das periodische Auftauchen von oberflächlichen Berichten über Piratenangriffe oder deren Strafverfolgung im Abstand von oft mehreren Jahren in der breiten Masse der Medien, weshalb fast nur die gewaltsame Dimension solcher Konflikte von Medien erfasst wird. So weckte erst vor einigen Jahren die Verurteilung einiger Somalischer Piraten in Hamburg großes mediales Interesse, das kurz darauf wieder abnahm und sich nicht weiter mit der Piraterie in Somali auseinandersetzte. Zweifelsohne ist das nur ein Symptom der besonderen medialen Wahrnehmung des Konfliktes, für die neben der Selektion mittels Nachrichtenfaktoren noch weitere, nicht zu vernachlässigende Gründe existieren.

Einer davon ist die besondere Wechselwirkung zwischen Politik und Medien, die im Folgenden zuerst näher erläutert und dann auf die Analyse der Mediendarstellung des Konfliktes in Somalia angewendet werden soll.

Medien als solche und die Politik, also politisch Verantwortliche, Staatsmänner und Entscheidungsträger, existieren in einer einzigartigen, symbiotischen Beziehung, in welcher beide Parteien auf die jeweils andere angewiesen sind und ihr zugleich das bieten, was sie benötigt. Während Medien das selbstverständlich hohe Potenzial politischer Prozesse, politischer Krisen und deren Beteiligten, Informationen mit hohem Nachrichtenwert zu generieren, erkannt haben und somit größtenteils auf jene Informationen aus der Politik angewiesen sind, um zu hohe Verkaufs- oder Einschaltquoten zu erzielen, nutzen hingegen Politiker die Medien als Mittel zur Selbstdarstellung, um die öffentliche Meinung wohlwollend zu ihren Gunsten gelenkt zu sehen und so ihr eigenes Handeln in den Augen der Bevölkerung zu legitimieren.

Medien und Politik können sich deshalb stets das bieten, was der jeweils andere Akteur erstrebt: Medien verschaffen den Vertretern der Politik eine Bühne für Selbstinszenierung und Rechtfertigung getroffener politischer Maßnahmen und sind im Gegenzug in der Lage, die Politik selbst in stillschweigender Übereinkunft als Informationsquelle für sich gut verkaufende Nachrichten mit hohem Nachrichtenwert zu gebrauchen. Diese besondere symbiotische Beziehung und ihr Einfluss auf mediale Berichterstattung müssen folglich auch in Bezug auf die somalische Piraterie beachtet werden.

Man muss sich folglich die Frage stellen, welche politischen Interessen sich durch die mediale Berichterstattung über den Konflikt in Somalia besonders gerechtfertigt und begünstigt sehen, um so wiederum auf den Einfluss der hinter jenen Interessen stehenden politischen Entscheidungsträger schließen zu können. Wie so oft muss man sich also fragen: „Cui bono?“ – Wem zum Vorteil?

Selbstverständlich birgt diese Vorgehensweise das Risiko eines „cum hoc ergo propter hoc“-Fehlschlusses, allerdings darf angesichts der mannigfaltigen Möglichkeiten der Einflussnahme und des Druckaufbaus auf Medien vonseiten der Politik (z.B. Einschränkungen der Reichweite, wirtschaftliche Sanktionen und Einschränkungen, Kontrolle durch Marktaufsichtsbehörden etc.) mit Fug und Recht gesagt werden, dass eine Korrelation und Überschneidung zwischen politischen Interessen einzelner im Konflikt involvierten Regierungen und im Zuge der medialen Berichterstattung über jenen Konflikt legitimierten und verteidigten Interessen sicherlich für ein gewisses Maß an Kausalität sprechen kann.

Widmet man sich nun erneut der medialen Darstellung der Piraterie in Somalia im Kontext der Wechselwirkung von Politik und Medien, so zeigt sich, dass über ein breites Spektrum von Artikeln, Fernsehbeiträgen, Kommentaren usw. hinweg einige inhaltliche Formeln vorherrschen, die stets aufs Neue wiederkehren und kaum variiert werden. Besonders häufig tritt der Topos von Somalia als „failed state“, also als gescheiterter Staat auf.

Obwohl da zwar grundsätzlich der Realität entspricht (immerhin verfügt Somalia bis heute über keine starke Zentralregierung, die in der Lage ist, das Land flächendeckend und souverän zu regieren), wird diese nüchterne Tatsachenfeststellung sehr häufig als Begründung für internationale, militärische Intervention ausländischer Mächte ge- und vielleicht auch missbraucht. Denn ein Staat, der kaum mehr als solcher gelten und keine effektive Staatsgewalt mehr ausüben kann, bedarf gemäß des Selbstverständnisses der UN selbstverständlich rettender militärischer Eingriffe, um für Recht und Ordnung zu sorgen, die Piraterie zu bekämpfen und so die Sicherheit der Schifffahrtsrouten zu gewährleisten. Diese Schutzverantwortung anderer Länder im Falle der Unfähigkeit eines anderen souveränen Nationalstaates, die Wahrung von Frieden und Sicherheit selbst zu gewährleisten, wird mit geradezu messianischem Eifer in den Medien verteidigt, ebenso wie die Legitimität der gewaltsamen Interventionen internationaler Militärverbände, oft unter Führung von EU oder USA, welche sich auch auf dem somalischen Festland abspielen.

Die Interessen, denen durch die von den Medien verteidigten Maßnahmen zur Umsetzung verholfen wird, sind zunächst wirtschaftlicher Natur. Der Großteil des internationalen Schiffsverkehrs muss die Gewässer an Somalias Küste am Horn von Afrika befahren, um durch den Suezkanal und so auf kürzestem Wege in alle wichtigen europäischen und nordamerikanischen Häfen zu gelangen. Eine Bedrohung des Schiffsverkehrs dort durch Piraten kommt deshalb einer Bedrohung der Wirtschaft und so auch des Wohlstands der westlichen Welt gleich, die extrem abhängig von billigen Importressourcen und -waren aus den asiatischen Ländern abhängig ist.

Es ist somit im Interesse der politischen Vertreter westlicher Länder, die Piraterie vor Somalias Küste zu bekämpfen, so die wirtschaftliche Prosperität ihrer jeweiligen Nationen abzusichern und das Wohlwollen einer ökonomisch abgesicherten Bevölkerung zu genießen. Hierbei spielen sie natürlich eng mit den militärisch für die Schläge gegen die Piraten Verantwortlichen zusammen, deren Handeln sie durch die Medien legitimiert sehen wollen, um so wiederum ihre Interessen durchzusetzen.

Daraus folgt, dass in den Medien eine sehr positive und geschönte Darstellung der militärischen Intervention in Somalia vorherrschen muss. Ein vorzügliches Beispiel dafür ist die „Medal of Honor“-Videospiele-Reihe, benannt nach der höchsten militärischen Auszeichnung der Vereinigten Staaten von Amerika.

In diesen Spielen schlüpft der Spieler in die Rolle eines US-Soldaten, dessen Aufgabe es ist, mit einem gewaltigen Arsenal an Waffen die Feinde der Freiheit und der amerikanischen Demokratie auszurotten. So werden im Verlauf der Spiele Fahrzeugkonvois von Terroristen mit Drohnen zerstört, Basen von Al-Qaida infiltriert, Islamisten mit weißem Phosphor ausgeräuchert und auch die Boote somalischer Piraten mit hochexplosiven 20-Zoll-Geschossen zu Kleinholz verarbeitet – eine durchweg kriegsverherrlichende Darstellung von unter anderem dem Somalia-Konflikt, die in einer solchen unkritischen und undifferenzierten Weise verzerrt ist, dass westliche Militärs zu tapferen Kriegshelden stilisiert werden, die stets gegen barbarische, verabscheuenswürdige Terroristen kämpfen.

Auf diese Weise trägt die Darstellung der somalischen Piraterie auch in Videospielen dazu bei, die politisch-militärische Agenda westlicher Mächte in Somalia zu rechtfertigen und zu verherrlichen.

Dabei setzt sich diese Tendenz auch in herkömmlichen Medien (Fernsehen, Printmedien etc.) fort. Als vor einigen Jahren Bilder eines von somalischen Piraten getöteten US-Soldaten um die Welt gingen, war dies der Anfang eines gewaltigen Sturmes medialer Entrüstung. Immer mehr Stimmen wurden laut, die Vergeltungsschläge und ein härteres durchgreifen der USA und ihrer westlichen Verbündeten vor Somalias Küste gegen die Piraten forderten – was von den politisch Verantwortlichen nur zu gerne und äußerst schnell in die Tat umgesetzt wurde.

Gepaart mit der in den Jahren nach den Anschlägen vom 11. September propagierten wachsenden Bedrohung durch internationalen Terrorismus und dem Selbstverständnis supranationaler Organisationen wie der UN als globale Friedenshüter und Verantwortliche für die Sicherheit und die Freiheit aller Völker erfuhr der tragische Tod eines Soldaten eine unverhältnismäßige Instrumentalisierung. So besaßen härtere militärische Maßnahmen vor Somalias Küste nun breiten Rückhalt in der Bevölkerung; den militärischen und wirtschaftlichen Interessen des Westens konnte so in Somalia zu einer besseren Durchsetzung verholfen werden.

Auch erwähnenswert ist, dass angesichts der bereits zuvor erläuterten Schwierigkeiten für Journalisten in Afrika und besonders in Somalia Medienvertreter umso mehr auf den Schutz und auf Zusammenarbeit mit dem Militär angewiesen sind. Dafür müssen sich die Medien, sofern sie durch Kooperation mit dem Militär Zugang zu den Informationen mit hohem Nachrichtenwert an vorderster Front des Konfliktes erhalten wollen, selbstverständlich das Wohlwollen der politischen Interessenvertreter sichern, die hinter jenen Militäroperationen stehen, um ihren Informationsfluss nicht versiegen zu lassen. Möglich ist da wiederum nur durch eine geschönte Darstellung ebendieser Militäroperationen.

Inwiefern sich in diesem Kontext noch von einem echten „Friedensjournalismus“, also einem Journalismus, der mit Weitsicht friedliche Lösungen eines Konfliktes behandelt und in Aussicht stellt, sprechen lässt, ist äußerst fraglich.

Man kann somit von einem umgekehrten CNN-Effekt sprechen: Anstatt dass politische Akteure durch die Macht der Bilder und den Druck der Medien zum Handeln gezwungen werden und sich dabei den wachsamen Argusaugen der Weltöffentlichkeit bewusst sind, beeinflussen im Kontext des Somalia-Konfliktes bereits von vorneherein definierte politische Interessen (der Schutz des internationalen Schiffverkehrs, der Erhalt der eigenen Wirtschaft und die Eindämmung des Terrorismus in Afrika) die Darstellung des Konfliktes in den Medien.

Das führt uns wiederum zu einer zweiten Antwort auf unsere Ausgangsfrage, nämlich warum in den Medien nur die gewaltsame Seite des Somalia-Konfliktes auf hoher See, nicht aber seine tiefere Struktur vorherrscht: Die politischen Interessen, die mit dem Konflikt verknüpft sind, sind nun einmal singular auf diese Dimension der somalischen Piraterie beschränkt und sorgen dafür, dass sich diese doch recht einseitige bzw. eindimensionale Sichtweise kraft der symbiotischen Wechselwirkung zwischen Politik und Medien in der medialen Darstellung des Konfliktes in Somalia manifestiert.

Andere Aspekte des Konflikts oder seine langfristigen Lösungsmöglichkeiten müssen hierbei akuter Berichterstattung über gewaltsame Auseinandersetzungen weichen, denn abgesehen von der wirtschaftlichen Bedeutsamkeit der Gewässer vor Somalias Küste besitzt dieses kleine Land am Golf von Aden kaum geostrategischen oder -politischen Wert. Aus diesem Grund verlor die Weltöffentlichkeit nach dem Abzug der UN-Friedenstruppen, der auf einen einem blutigen Bürgerkrieg in den 80er und 90er Jahren folgte, weitestgehend das Interesse an Somalia.

Der „failed state“ am Horn von Afrika wurde so zu einem Schauplatz eines von den Medien „vergessenen“ Konfliktes; erst dessen Zuspitzung in Form der in wirtschaftlicher Not und Gewaltbereitschaft der leidenden Bevölkerung wurzelnden Piraterie rückte den Fokus der Medien, wie bereits ausführlich analysiert, zurück in den Golf von Aden.

Abschließend lassen sich die Ergebnisse dieser Analyse wie folgt zusammenfassen: Die mediale Darstellung des Konfliktes in Somalia ist äußerst eindimensional auf gewaltsame Eskalationen durch und mit somalischen Piraten fokussiert. Die gravierende Hintergrundgeschichte des Konfliktes und seine äußerst komplexe, Jahrzehnte zurückreichende Struktur werden nicht beachtet. Es herrscht außerdem eine unkritische und verherrlichende Auseinandersetzung mit der Gewalt und Intervention ausländischer Mächte in Somalia vor. Die Ursache dafür liegt in dem hohen Nachrichtenwert, den diese eine Dimension des Konfliktes für die Medien nun einmal besitzt. Ferner wirkt die Politik selbst, die ihre militärischen Interessen in Somalia durchsetzen möchte, auf eine so gestaltete mediale Darstellung ein und bedient sich dabei der symbiotischen Beziehung zwischen Politik und Medien, dem Topos von Somalia als „failed state“ sowie der allgemeinen Angst vor Terrorismus und der daraus für westliche Länder abgeleiteten Verantwortung, im Namen des Friedens in Somalia zu intervenieren.

Wie lassen sich erzielte Ergebnisse im Kontext der Piraterie vor Somalias Küste politisch beurteilen?

Stellt man sich die Frage, wie sich im Konflikt zwischen somalischen Piraten und der Weltgemeinschaft bzw. in erster Linie der europäischen Union, die einen ungehinderten und ungefährlichen Schiffsverkehr gewährleisten will, da Waren, die aus Südostasien verschifft werden, am Horn von Afrika vorbeigekommen müssen, um durch den Suezkanal in den Mittelmeerraum zu gelangen und später die großen europäischen Häfen Marseille, Rotterdam usw. erreichen kann, eine Lösung erreichen kann, so muss man sich zuerst anschauen, wie bzw. von welchen Parteien der Konflikt ausgetragen wird und welche Ergebnisse erreicht wurden und noch erreicht werden sollen.

Von der EU geführte Militäreinsätze

Die bewaffnete Bekämpfung durch die von der europäischen Union geführte Militärkoalition (EU-NAVFOR-SOMALIA-OPERATION „ATLANTA“), die das Ziel hat, den Schiffsverkehr zu schützen sowie die Sicherheit der auf dem Festland agierenden NGOs (überwiegend Hilfsorganisationen) zu gewährleisten, sind die Aufgaben des paneuropäischen Militäreinsatzes.

Zudem setzt sich die EU in der militärischen Ausbildungsmission (EUCAP „Nestor“) dafür ein, dass somalische Sicherheitskräfte trainiert werden und ein somalischer Küstenschutz aufgebaut wird. Als Vorbild hierfür gilt die autonome Region Somaliland im Norden Somalias, welcher durch seine von Großbritannien ausgerüstete Marine zahlreiche Piraten festnehmen und strafrechtlich verfolgen konnte.

Da seit 2013 keine Schiffsentführungen mehr gelungen sind und es seit dem Jahr 2019 auch keine Angriffe mehr auf Schiffe gab, lässt sich sagen, dass Ziele dieser Mission verwirklicht wurden. Politisch gesehen stärkt dies den Einfluss der europäischen Union (und der gesamten Weltgemeinschaft) auf die Region um das Horn von Afrika, wobei sich die Probleme aber stark verlagert haben, da islamistischer Terrorismus (al-Shabaab Miliz) ein viel bedeutenderes Problem darstellen und dass die Piraterie an der Westküste Afrikas (primär Nigeria) sehr viel bedeutender ist. Somit kann man zwar sagen, dass der europäischen Union die Eindämmung der Piraterie zwar gelungen ist, aber dass die Errichtung eines stabilen Staates bisher auf voller Länge versagt hat, da innenpolitische Probleme, die unter anderem zur Piraterie geführt haben, nicht richtig beachtet wurden.

Von den USA geführte Militäreinsätze

Schaut man sich die amerikanischen Militäroperationen in und an der Küste Somalias an, so erkennt man, dass von amerikanischer Seite ein anderer Ansatz gewählt wurde, denn die USA beteiligen sich an zwei verschiedenen Operationen in der Region um das Horn von Afrika.

Die USA führen im Rahmen der „Operation Enduring Freedom“ (seit 2001) die multinationale Flotte „Combined Task Force 150“, welche in erster Linie fundamentalistischen Islamismus in der Region eindämmen soll („war on terror“) und die Sicherheit von Seehandelswegen gewährleisten soll. Zudem haben die USA Interesse an der Stabilität des Somalischen Staates, da es in Dschibuti eine logistische Unterstützungseinheit gibt. Auch befindet sich ein Hauptquartier der US-Seestreitkräfte in Bahrain („United States Naval Forces Central Command“, „USNAVCENT“), womit eine allgemeine Sicherheit der Region um den Golf von Aden von amerikanischem Interesse ist.

Da diese Operation nicht die Bekämpfung der Piraterie verfolgt, kommt es seit Januar 2008 zum Einsatz der „Combined Task Force 151“, welcher sich dem Ziel der Bekämpfung von Piraterie widmet.

(Der Zerstörer USS Farragut nach dem Beschuss eines Piratenbootes im Rahmen der Operation „Combined Task Force 151“ im Jahre 2010)



Auch aus diesem Einsatz lässt sich das Fazit ziehen, dass die Piraterie vor der Küste Somalias erfolgreich eingedämmt wurde und der gesamte Einfluss des Westens in der Region gestärkt wurde.

Schaut man sich weitere Konflikte in der Region um den Golf von Aden an, so erkennt man, dass die erreichten Ergebnisse von geopolitischer Bedeutung sind, besonders wenn man den Stellvertreterkonflikt im Jemen betrachtet, in welchem auch die Vereinigten Staaten von Amerika eine bedeutende Rolle einnehmen. Doch auch hier kann man kritisieren, dass die in Somalia ergriffenen innenpolitischen Maßnahmen noch kein Erfolg gezeigt haben (im Gegenteil, die al-Shabaab Miliz konnte an Einfluss gewinnen).

Somalische Maßnahmen

Da die somalische Regierung über keine eigenen Seestreitkräfte verfügte kam es, bis auf das Erlauben von ausländischen Schlachtschiffen in somalische Hoheitsgewässer einzudringen, zu keinen Nennenswerten Maßnahmen.

Jedoch kam es in einigen Regionen zu offensiven gegen Piraten, die von der islamistischen al-Shabaab Miliz ausgingen, welche vermutlich durch einen Angriff auf ein saudisches Schiff ausgelöst wurden.

Diese Tatsache zeigt, dass der somalische Staat Schwierigkeiten hat sich durchzusetzen, da er über kein Gewaltmonopol verfügt und dass viele Operationen, die nur darauf ausgelegt sind die Piraterie durch Marinemaßnahmen zu bekämpfen, langfristig kein Erfolg haben können, wenn kein stabiler somalischer Staat existiert.

Private Maßnahmen

Die erreichten Ergebnisse im Bereich der zivilen Maßnahmen gegen die Piraterie vor der somalischen Küste sind die vielleicht bedeutendsten im gesamten Konflikt, da diese kriegstechnisch von globaler Bedeutung sind, denn der Einfluss von privaten Sicherheitsfirmen, die als Söldner agieren und somit nicht für einen Staat (oder Staatenbündnis) und nationale Angelegenheiten kämpfen, sondern für eine Bezahlung, verfestigen sich dort immer stärker.

Hierbei sind nicht die erreichten Ergebnisse von Bedeutung, sondern der von den verschiedenen Reedereien veranlasste Einsatz, welcher auf Schiffen deutscher Reedereien jedoch untersagt war (Stand 2013). Der Einsatz dieser Sicherheitsfirmen stärkt den Einfluss dieser riesigen Konzerne, deren militärische Schlagkraft die der meisten Staaten schon weit übertrifft. Ein Beispiel ist die amerikanische Sicherheitsfirma „Academi“ (früher „Black Water“; Umbenennung nach Verstrickung mit der CIA in „targeted killings“ in Syrien und Irak).

Zur offiziellen Truppenstärke sind keine Zahlen bekannt (inoffizielle Zahlen gehen von 100.000 aus), aber es werden schätzungsweise jährlich 20.000 Söldner in einer Trainingsakademie in North Carolina ausgebildet.

Dieser Wandel in militärischen Konflikten sichert den zunehmenden Einfluss von zuvor aufgeführten Firmen und stellt eine globale Veränderung der militärischen Konflikte dar, in welchen militärische Auseinandersetzungen in Zukunft durch (möglicherweise sogar von) privaten Sicherheitsfirmen wie zum Beispiel „Black Water“ ausgetragen werden.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Erfolg (Eindämmung der Angriffe auf Handelsschiffe durch Piraten) der von der europäischen Union und von den USA geführten Operationen, den Einfluss dieser Mächte auf die Region des Golfes von Aden ausweiten und eine militärische Vormachtstellung der USA verfestigen konnte.

Jedoch muss aber betont werden, dass die Errichtung eines stabilen Staates bisher versagt hat und sich die gewählten Militäroperationen als kein effektives Mittel zum Aufbau eines stabilen Staates erwiesen haben, da die Piraterie als solches keine wirkliche Bedeutung mehr hat, aber der Vormarsch islamistischer Milizen sich als viel größere Bedrohung erwiesen hat. Somit stellt diese Politik ein hervorragendes Beispiel für ein Problem dar, das nicht „an der Wurzel gepackt wurde“.

Zusätzlich stellt aber der militärtechnische Einsatz von privaten Sicherheitsfirmen möglicherweise das politisch bedeutendste Ergebnis dar, da sich somit das gesamte Kriegsgeschehen in der Zukunft verändern könnte, da Kriege, die von nationalen Armeen geführt werden, an verschiedene private Unternehmen ausgelagert werden und der Krieg dadurch ein lukratives Geschäft wird, welches unabhängig von nationalen Interessen und staatlichen Gewaltmonopolen geführt werden kann.